



Niederschrift öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen,Wirtschaft und Liegenschaften

Sitzungstermin:	Mittwoch, 19.12.2001
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr
Ort, Raum:	Stadtverwaltung Potsdam, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 280 a

Anwesend sind:

Herr Reichelt, Dietmar	SPD
Herr Schubert, Mike	SPD
Herr Dr. Stahlberg, Jürgen	SPD
Herr Backhaus, Edgar	PDS
Herr Krause, Siegmund	PDS
Herr Schöder, Jura	PDS
Herr Bruch, Stefan J.	CDU
Frau Hüneke, Saskia	Grüne/B90
Herr Richter, Peter	PDS
Herr Schröder, Michael	CDU
Herr Schüler, Peter	Grüne/B90

Nicht anwesend sind:

Frau Marquardt, Edith	SPD	entschuldigt
Herr Dienst, Ernst		unentschuldigt
Herr Huck, Axel	PDS	unentschuldigt
Frau Jakob, Madeleine		entschuldigt
Herr Korne, Ingo	PDS	unentschuldigt
Herr Kruschat, Axel	Die Andere	unentschuldigt
Herr Lechner, Sebastian	SPD	unentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Protokollbestätigung, Protokoll d. Sitzung vom 21.11.2001
- 4 Sanierung der Schulen 37/38
Vorlage: 01/SVV/0914
Fraktion PDS
Der 1. Satz wurde am 05.12.2001 beschlossen.
Der 2. Satz wurde in den Ausschuss FWL überwiesen.

- 5 Einzelhandelsstandorte im Bornstedter Feld
Vorlage: 01/SVV/0922
Fraktion CDU
- 6 Schließung der Wilhelm-Busch-Grundschule (36)
Vorlage: 01/SVV/0928
Oberbürgermeister, Schulverwaltungsamt
- 7 mit einem Ergänzungsantrag des Stadtverordneten Latzke, Fraktion SPD
Strukturierung der Vorlagen für städtische Immobilienverkäufe
Vorlage: 01/SVV/0934
Stadtverordnete Platzeck, Fraktion BürgerBündnis
- 8 Hinweis durch GB IV: Ggf. muß die Vorlage in der nichtöffentl.
Sitzung behandelt werden.
Regionalbahnhof Charlottenhof
bezüglich DS Nr.: 01/SSV/0858
- 9 Vorlage: 01/SVV/0973
Oberbürgermeister, Beteiligungssteuerung
Entwicklung der Freien Kulturträger am Standort Schiffbauer Gasse
Vorlage: 01/SVV/0951
Fraktion Grüne/ B 90
- 10 Eingliederungsvertrag Neu Fahrland
Vorlage: 01/SVV/0911
Oberbürgermeister
- 11 Einsatz von Zinsderivaten in der kommunalen Kreditwirtschaft
Vorlage: 01/SVV/0910
Oberbürgermeister, FB Finanz- und Personalsteuerung
- 12 Verständigung zum Haushalt 2002
- 13 sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
Herr Schubert begrüßte die Ausschusssmitglieder, Vertreter der Verwaltung und Gäste.

Die Beschlussfähigkeit wurde durch den Ausschussvorsitzenden festgestellt. Zu Beginn der Sitzung waren 8 stimmberechtigte Ausschusssmitglieder anwesend.

-

-

- zu 2 Bestätigung der Tagesordnung
Vorgeschlagen wurde die Behandlung des TOP 4 DS 01/SVV/0914

im Rahmen der Haushaltsdiskussion in der Sitzung am 16.01.2002.

Zum TOP 7 DS 01/SVV/0934 "Strukturierung der Vorlagen für städtische Immobilienverkäufe" wurde von Seiten der Verwaltung GB IV/23 darum gebeten, diesen in der nichtöffentlichen Sitzung am 16.01.2002 zu behandeln.

Zum TOP 9 DS 01/SVV/0951 stellte Frau Hüneke den Antrag, auch diesen in der Sitzung am 16.01.2002 zu behandeln.

-

Abstimmungsergebnis:

Gegen die vorgenannten Änderungen der Tagesordnung gab es keine Einwände.

Die Tagesordnung wurde durch die Ausschussmitglieder in ihrer geänderten Form beschlossen.

- zu 3 Protokollbestätigung, Protokoll d. Sitzung vom 21.11.2001
Herr Schüler macht darauf aufmerksam, daß im Pkt. 4.1 "Weiterer Betrieb der Hauptattraktionen der Bundesgartenschau im Jahr 2002" der Beschlusstext einen Fehler enthält.
Im Pkt. 3 des Beschlusstextes ist der 3. Satz "Bis zur Beschlussfassung kann durch die BUGA GmbH kein Geld für diesen Zweck ausgegeben werden." zu streichen, da dieser Satz mit 1/5/2 abgelehnt wurde.

-

Abstimmungsergebnis:

Mit der vorgenannten Korrektur wird das vorliegende Protokoll bestätigt.

- zu 4 Sanierung der Schulen 37/38
Vorlage: 01/SVV/0914
Siehe TOP 2. Festgelegt wurde die Behandlung o. g. DS im Rahmen der Haushaltsdiskussion am 16.01.2002.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Landesregierung, den Wohnungsgesellschaften in Zentrum Ost und möglichen anderen Trägern ein Finanzierungsmodell für die Außensanierung der Schulen 37/38 in Zentrum Ost zu entwickeln.

Ziel ist es, die Baumaßnahmen im Jahr 2002 zu beginnen.

Dafür ist der notwendige Eigenanteil der Stadt für das Jahr 2002 bereitzustellen,

wobei die Möglichkeiten eines zinslosen Kredits im Rahmen des Schulbauprogramms des Landes zu prüfen und gegebenenfalls auszuschöpfen sind.

-

- zu 5 Einzelhandelsstandorte im Bornstedter Feld
Vorlage: 01/SVV/0922
Diskussionsbedarf bestand nicht.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im März 2002 vorzutragen, wie die Nahversorgung der Bewohner des Bornstedter Feldes Zug um Zug mit deren Ansiedlung sichergestellt werden kann, und wie der Sachstand der Entwicklung des als erster Einzelhandelsstandort vorgesehenen "Nahversorgungszentrum an der Nedlitzer Straße" ist.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: .7
Ablehnung: .0
Enthaltung: .1

- zu 6 Schließung der Wilhelm-Busch-Grundschule (36)
Vorlage: 01/SVV/0928
Herr Weiberlenn brachte die o. g. DS ein.

In seinen Ausführungen erklärte er, daß die künftige Grundschule 45 über 38 Räume für 20 Klassen verfügen wird.
Die Musikschule wird in 22 Räumen untergebracht.
Zusätzlich erhält sie 2 Kellerräume und die Zugangsmöglichkeit zu den sanitären Anlagen.

In der Diskussion hinterfragte Herr Schubert einen sog. Kostenvergleich - welche finanziellen Vorteile/Ersparnisse werden bei Schließung der Musikschule am Johann-Strauß-Platz erwartet?

Herr Weiberlenn erklärte, daß die Zahlen der Musikschule noch nicht vorliegen.

Herr Bruch hinterfragte die Anzahl der Räume - 20 Klassen / 38 Räume? Herr Weiberlenn informierte zum Raumverteilung der künftigen Grundschule.

Herr Backhaus fragte an, ob damit zu rechnen ist, daß die Verlagerung zum Ende des Schuljahres 2001/2002 erfolgt.

Herr Weiberlenn bestätigte, daß davon ausgegangen wird.

Herr Backhaus bittet um einen Sachstand betr. Umsetzung

vor der Sommerpause 2002, d. h. in der Juni-Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften.

Beschlusstext:

1. Die Wilhelm-Busch-Grundschule (36) wird mit Beendigung des Schuljahres 2001/02 geschlossen.
2. Die verbleibenden Klassen der Klassenstufen 4 – 6 werden an der Grundschule Am Pappelhain (45) weiterbeschult.
3. Bei entsprechenden Elternwünschen ist im Einzelfall auch die Beschulung an einer anderen Grundschule möglich.
4. **Sollte die Zweigstelle der Musikschule "Johann Sebastian Bach" am Standort Johann-Strauß-Platz geschlossen werden, könnte sie in die Schule 36 (Wilhelm-Busch-Schule) verlegt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Zuerst wurde folgender eingereichter Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion zur DS 01/SVV/0928 abgestimmt.

Ergänzungsantrag:

"Sollte die Zweistelle der Musikschule "Johann Sebastian Bach" am Standort Johann-Strauß-Platz geschlossen werden, könnte sie in die Schule 36 (Wilhelm-Busch-Schule) verlegt werden."

Abstimmung: 7/0/1

Abstimmung der DS mit o. g. Ergänzung: 4/1/3

zu 7 Strukturierung der Vorlagen für städtische Immobilienverkäufe
Vorlage: 01/SVV/0934
Siehe TOP 2, DS wird in der nichtöffentlichen Sitzung am 16.01.2002 behandelt.

-

Bei städtischen Immobilienverkäufen werden die Beschlussvorlagen für die Stadtverordnetenversammlung entsprechend dem Muster der GEWOBA erstellt.

-

zu 8 Regionalbahnhof Charlottenhof
bezüglich DS Nr.: 01/SSV/0858

Vorlage: 01/SVV/0973
Diskussionsbedarf bestand nicht.

Beschlusstext:

Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) im Verbundgebiet sind die Länder Berlin und Brandenburg. Die Verkehrsverbund Berlin - Brandenburg GmbH (VBB) bestellt die Leistungen im Auftrage der Länder. Die VBB GmbH gibt zum Anliegen des Prüfauftrages folgende Stellungnahme:

Ausgangssituation: In der Hauptverkehrszeit (HVZ) ist das Fahrgastaufkommen zu groß, um es mit dem regulären RE1 - Angebot (2 Züge pro Stunde) zu bewältigen. Daher erfolgt der Einsatz eines dritten Zuges pro Stunde in der HVZ. Dabei besteht das Problem, dass der dritte Zug nicht auf die Stadtbahn fahren kann, da hier keine zusätzlichen Trassen verfügbar sind.

Daher wurde zum Fahrplanwechsel 2000 folgendes Konzept umgesetzt: HVZ: RE 1 (schnell) im 30-Minuten-Takt, zusätzlich Einsatz von Verstärkerzügen mit allen Halten Übrige Zeiten: RE 1 (schnell) im 60-Minuten-Takt; RE 1 (mit allen Halten) versetzt im 60-Minuten-Takt Nur mit diesem Konzept ist es möglich, die Fahrgastströme in die entsprechenden Züge zu lenken. _

Würde der RE 1 im Berufsverkehr in den Zwischenbahnhöfen halten, käme es zu einer Überfüllung der RE 1 - Züge, die Verstärkerzüge wären faktisch leer. Es wurde berücksichtigt, dass den Nachteilen für relativ wenig Reisende in Zwischenbahnhöfen enorme Vorteile für die Reisenden aus Brandenburg gegenüber stehen.

Schlussfolgerung:

Kurzfristige Maßnahmen werden nicht erforderlich, da das Konzept insgesamt erfolgreich ist. Langfristig ist geplant, den RE 1 im 30-Minuten-Takt ganztägig beschleunigt zu fahren und zusätzlich eine RB - Linie mit allen Halten anzubieten. Das ist jedoch erst möglich, wenn die Baumaßnahmen im Knoten Berlin fertig gestellt sind und die RB - Linie nach Berlin geführt werden kann.

Der Leistungsersteller, die DB AG unterstreicht den Standpunkt, in dem er die Bedienung des Bahnhofs Charlottenhof und die Anschlusssicherung in Richtung Berlin wie folgt darstellt:

In Potsdam Charlottenhof halten derzeit die Linien RB 20, RB 21, RB 22 und jeder zweite Zug der Linie RE 1. Das sind pro Stunde 3,5 Halte je Richtung.

Von den halbstündlich verkehrenden Zügen der Linie RE 1 hält lediglich der stündlich verkehrende Zug mit dem Zuglauf Frankfurt - Magdeburg nicht. Diese Züge dienen der schnellen Verbindung von Magdeburg, Brandenburg, Potsdam und Berlin und halten nicht auf weiteren Unterwegsbahnhöfen.

Das bedeutet, dass bereits heute bis auf die o.g. Züge der Linie RE 1 alle Züge in Potsdam Charlottenhof halten.

Zu erwähnen ist noch, dass alle Züge der RB 21, die auch den Bahnhof Charlottenhof bedienen, generell in Potsdam Hauptbahnhof Anschluss von /zur RE1 nach Berlin haben.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Entwicklung der Freien Kulturträger am Standort Schiffbauer Gasse
Vorlage: 01/SVV/0951
Siehe TOP 2, DS wird in der Sitzung am 16.01.2002 behandelt.

-

Die Stadt Potsdam bekennt sich zur Entwicklung der Freien Kulturträger am Standort Schiffbauer Gasse. Sie wird bis 2006 insgesamt 5 Millionen DM als Eigenanteil für Investitionen aufbringen.
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle denkbaren Fördermöglichkeiten des Landes, des Bundes und der EU auszuloten, die mit diesem Eigenanteil eingeworben werden können.
Das Ergebnis ist bis Februar 2002 vorzulegen. Die Entscheidung darüber, welche Variante aus dem der Stadtverordnetenversammlung mit der DS 01/0883 zugeleiteten Gutachten verwirklicht werden soll, soll nach Vorlage dieses Ergebnisses gefällt werden.

-

zu 10 Eingliederungsvertrag Neu Fahrland
Vorlage: 01/SVV/0911
Herr Hadlich brachte die o. g. DS ein.

In der Diskussion hinterfragte Herr Richter die Ausführungen des § 9 Abs. 3.

Herr Backhaus sprach die Ausführungen des § 7 "Investitionen" einschl. der Anlage 2 an.

Hier werden zwar die Maßnahmen aufgezeigt, aber es fehlen Aussagen zum Volumen und Zeitraum, in welchem die Investitionen vorgesehen sind.

Herr Backhaus bittet um jNachreichung der fehlenden Aussagen als Anlage zum Protokoll.

Dem wird von den Ausschussmitgliedern zugestimmt.

Frau Hüneke fragte nach positiven Auswirkungen der Eingemeindung, Herr Bruch nach evtl. finanziellen Risiken, wozu Herr Hadlich Stellung nahm. Die finanzielle Situation in Neu Fahrland ist von der Gestalt daß mit finanziellen Risiken nicht zu rechnen ist. Zu klären ist noch die Problematik Wasser/Abwasser.

Beschlusstext:

Eingliederungsvertrag Neu Fahrland

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: . 8

Ablehnung: . 0

Enthaltung: 0

zu 11 Einsatz von Zinsderivaten in der kommunalen Kreditwirtschaft
Vorlage: 01/SVV/0910
Diskussionsbedarf bestand nicht.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wurde durch den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 01/0109/1 vom 04.04.2001 dazu ermächtigt, im Rahmen der Kreditfinanzierung des Vermögenshaushaltes mit den Kreditinstituten ergänzende Vereinbarungen über Zinsderivate zu treffen. Am 03. Juli 2001 wurde ein Derivatvertrag im Rahmen dieses Beschlusses abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Die Mitteilungsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12

Verständigung zum Haushalt 2002

In Vorbereitung der Haushaltsdiskussion 2002 im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften wies Frau Köthur auf die Terminisierung im Schreiben vom 07.12.2001 an alle Geschäftsbereiche, Fraktionen und Ausschüsse hin und begründete die Notwendigkeit der Einhaltung des Abgabetermins 07.01.2002 für die Voten und Änderungsanträge der Ausschüsse und Fraktionen.

Frau Hüneke sprach die Termine der nächsten Ausschusssitzungen an und bittet um Prüfung, ob der genannte Termin eingehalten werden kann.

Herr Bosse legte dar, daß er nicht für einen Rückzug des Haushaltes plädiert. Erkenntnisse gibt es hinsichtlich Mindereinnahmen Gewerbesteuer.

Herr Bosse informiert weiter über den Beschluss des Landtages zum Haushalt und GFG.

Die konkreten Auswirkungen auf den Stadthaushalt sind noch nicht bekannt. Änderungen wird es bei den Schlüsselzuweisungen und der Investitionspauschale geben.

Zu den Mittelsperren, informiert Herr Bosse, das die Entscheidung des MdL vorliegt. Danach ist die Beschlussfassung der StVV rechtswidrig und die Beanstandung des Oberbürgermeisters rechtens.

Herr Bruch hinterfragte den Inhalt der Begründung.

Herr Bosse sagte zu, jeder Fraktion ein Exemplar des Schreibens auszuhändigen.

-

-

zu 13

sonstiges
Keine Informationen

-

